E 219 49 F

Der Westen

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft "Der Westen", bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach - Stiftung, mit dem Sitz in Stuttgart, hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V., und dem Bund Vertriebener aus Elsaß - Lothringen und den Weststaaten e.V., sowie der Erwin von Steinbach - Stiftung, Frankfurt/Main.
Anschrift: Wiesenstr. 110, D/W-70794 Filderstadt Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

ISSN 0179 - 6100 Januar/Februar 1994 41. Jahrgang, Nummer 1

Minderheiten anderswo

In Nr. 93/6 des „Sprachspiegel", des Zweimonatsblattes des deutsch-schweizerischen Sprachvereins, lesen wir unter der Überschrift:

Das Sorbische schlägt eine Brücke zwischen Brandenburg und Sachsen „Eine Darstellung von Siegfried Röder"

»Im Südosten der Bundesrepublik leben heute etwa 60 000 Sorben: etwa ein Drittel in der Niederlausitz um Cottbus, die anderen in der Oberlausitz um Bautzen. Die letzten Herbst gegründete Stiftung für das sorbische Volk wird zu 50 Prozent vom Bund getragen, die andere Hälfte finanziert zu einem Drittel das Land Brandenburg, zu zwei Dritteln der Freistaat Sachsen. Die Fördermittel betrugen 1992 knapp 40 Millionen Mark.
Publikationen wie das Wochenblatt „Nowy casnik" („Neue Zeit") oder die Tageszeitung „Serbke nowiny" (Sorbische Nachrichten"), eine eigene Rundfunkstation in Sachsen und Regionalsendungen des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg bieten den Sorben Informationen in ihrer Sprache. An sechs Grund- und sechs Mittelschulen werden alle Fächer in sorbischer Sprache unterrichtet. An zwei Gymnasien gilt das bis zur fünften Klasse; von da an kann in den Fächern Mathematik, Geografie und Biologie Deutsch als Unterrichtssprache gewählt werden. Bei der Kultusministerkonferenz liegt ein gemeinsamer Antrag Sachsens und Brandenburgs, Sorbisch im Range einer Fremdsprache anzuerkennen: Die Schüler sollen die Sprache als Abiturprüfungsfach wählen können.
Ludmila Budar, Lektorin des Domovina-Verlags in Bautzen, der jährlich etwa 50 verschiedene sorbische Titel auflegt, weist auf feine Verästelungen hin: „Wenn wir unseren Lesern in einem Grußwort Glück wünschen wollen, heißt das auf obersorbisch „Prejemy citarjam zbozo" auf niedersorbisch dagegen „Zycymy cytarjam gluku" - und das sind große Unterschiede." Die Probleme sind also ähnlich wie beim Rätoromanischen in der Schweiz.«
40 Millionen DM für 60 000 Sorben gibt also die Bundesrepublik zur Förderung der slawischen sorbischen Sprache aus. Das macht je 10 000 Menschen 6,6 Millionen. Für eine Million müßten dann 600,6 Millionen ausgegeben werden. Nehmen wir etwa 1,5 Millionen ursprünglich deutsch sprechender Elsaß-Lothringer an, so müßte Frankreich entsprechend 900,9 Millionen DM ausgeben, praktisch eine Milliarde DM, d. h. über drei Milliarden Franken.
Wie schön wäre es, wenn die Regierung der Nation, die den hochfliegenden Wahlspruch „liberté, égalité, fraternité" erfunden hat, wenigstens eine Milliarde Franken zur Unterstützung der ererbten Kultur der Elsaß-Lothringer ausgeben würde, um damit den Ansprüchen ihres Wahlspruches zu entsprechen.
Sie läßt sich aber nicht nur durch die Bundesrepublik beschämen, auch durch die kleine Schweiz. Die in diesem Staate rätoromanisch sprechenden Graubündner sind zahlenmäßig den Sorben ungefähr gleich. Nicht nur, daß es dort nie eine Verordnung gegeben hat, die anordnete, daß in den Zeitungen der Sportteil, die Todesanzeigen in der Sprache der Mehrheit der Eidgenossen, d. h. in der deutschen verfaßt werden müßten, so wie die Vorkämpfer der Freiheit 1945 bestimmten, daß diese Teile nur französisch gedruckt werden dürften, auch in deutsch erscheinenden elsässichen und lothringischen Zeitungen. Vielmehr gibt es im romanischen Teil Graubündens schon lange vier ausschließlich rätoromanisch verfaßte Zeitungen, die wöchentlich ein- bis zweimal erscheinen. Jetzt soll eine rätoromanische Tageszeitung ohne jede sprachliche Einschränkung geschaffen werden entgegen den ursprünglichen Wünschen der Graubündner Verleger deutschsprachiger Tageszeitungen, die eine Verminderung ihrer Einnahmen befürchteten. . .
Doch in Bern denkt man großzügiger als die gewinnsüchtigen Verleger: Das „Bundesamt für Kultur" denkt daran, im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes, an die Kantone Graubünden und Tessin Beträge „zur Förderung der Kultur und Sprache" zur Unterstützung einer solchen Tageszeitung zur Verfügung zu stellen. Da hinkt die Ville lumiére hinter der Bundeshauptstadt der Eidgenossen müde hinterher. Im 18. Jahrhundert rief ein französischer Offizier vor einer Schlacht in Aufwallung überspitzten Großmutes den gegenüberstehenden Engländern zu: „Messieurs les Anglais, tirez les presniors!" Es sieht so aus, als ob man heute sagen müßte: „Messieurs les Français tirent les derniers", wenn es um international anerkannte Menschenrechte geht. Den Entwurf einer Konvention zum Schutz von Minderheitensprachen haben sie immer noch nicht unterschrieben. eh

„Sprache der Republik"

In Gwen Ha Du, dem bretonischen Blatt zur Verteidigung der in der Bretagne heimischen keltischen Sprache, berichtet Yan Fouere lobend über den Vorstoß der elsässischen Parlamentarier, die verlangten, daß neben die scharfe, in keiner Verfassung eines andern Landes entsprechend vorkommende Feststellung „Französisch ist die Sprache der Republik!", eine Ergänzung eingefügt werde: „Die Republik schützt die Regionalsprachen". Ein Bretone und ein Okzitane haben sich diesem Antrag angeschlossen. Fouere lobt natürlich diesen Vorstoß der Gewählten und fährt dann fort:
„Was man dazu sagen kann, ist höchstens, daß das einzige, was die Herren bei ihren Kollegen und den Regierungsmitgliedern erreicht haben, ein tolles Aufbegehren war. Unser Landsmann, Minister Pierre Mébaignerie, der nicht von so guter bretonischer Art ist, wie sein Vater dies war, entgegnete so wie seine Rolle als Justizminister ihm dies vorschrieb, daß der beantragte Zusatz nicht in den Rahmen der gegenwärtig erstrebten Verfassungsänderung passe, und daß er diesen deshalb nicht annehmen könne. H. Fanton, der Berichterstatter der zuständigen Kommission, hatte schon erklärt, daß dieser Zusatz von der Kommission weder untersucht noch diskutiert worden sei. Seiner Meinung nach gehöre er nicht in die Verfassung der Republik und würde die Annahme der gegenwärtigen Verfassungvorlage verhindern. Der Präsident der Verfassungkommission kam den Herren zur Hilfe und wies darauf hin, daß die Verfassung die Einheit der Republik postuliere und daß man nicht in deren Text gleichzeitig zwei Prinzipien, dasjenige, daß Französisch die Sprache der Republik sei, und Ausnahmen dazu verkünden könne.
Die ehrenwerten Volksvertreter vergaßen lediglich, daß die italienische Verfassung keine entsprechenden Bedenken unterliegt und der Aussage, daß die Republik unteilbar sei, hinzufügt, sie müsse mit „geeigneten Mitteln" die sogenannten Regionalsprachen, schützen. Regionalsprachen zu denen übrigens Französisch im Aostatal gehört. Als Herr Weber, Senator und Präsident des oberelsässischen Generalrats nicht locker ließ, und von seinen Kollegen Briane und Tardit unterstützt wurde, mußte eine Unterbrechung der Sitzung verlangt werden. Das änderte nichts an der Lage, der Justizminister mußte eine Abstimmung vornehmen lassen, nicht ohne daß er erneut seine Ablehnung des

Fortsetzung auf Seite 2

Straßburg oder Brüssel?

Immer wieder flammt der Streit um den Sitz des Europaparlaments neu auf. Einen Artikel der DNA vom 14. 12. 93 entnehmen wir, wie schlecht es um die Ansprüche Straßburgs steht. Dieser enthält auch Hinweise auf Gruppen, die sich gegen Straßburg stellen, hier ein Auszug in Übersetzung, der einen einigermaßen staunen läßt: „Es ist schon so: Die Sitzungen folgen aufeinander und gleichen sich: Sie werden durch Komplotte in den Wandelgängen und den Abgeordnetengruppen belebt, um die politische Entscheidung, die im Oktober auf dem Gipfel von Edinburgh ausgedrückt und in Brüssel bestätigt wurde, Straßburg endgültig zum Sitz des europäischen Parlaments zu machen. Es ist sozusagen eine ständige Rebellion, die von Meisterhand durch die britischen Labourabgeordneten, einem Teil der deutschen Sozialdemokraten bei Mittäterschaft anderer Parlamentarier, unter denen es eine gewisse Zahl Franzosen gibt, die sich mit diesen verbünden, indem sie sich von den Abstimmungen fernhalten oder durch ein vielsagendes Schweigen." Daß die Briten eher für Brüssel sind, versteht sich leicht, sind die Wege dorthin doch um einiges kürzer als nach Straßburg, daß aber deutsche Sozialdemokraten ihnen beistehen, das verstehe, wer wolle. Daß Franzosen ebenfalls zögern, ist auch nicht sehr einleuchtend, es sei denn, sie fürchten, Straßburg könnte der Fuchtel von Paris etwas entzogen werden, denn der Sitz des Europaparlemants muß natürlich eher europäisch sein als französisch. Aber die französische Regierung? Was tut die? Sie hat sich doch derart stark gemacht, um den Zoll auf südamerikanische Bananen in der Gemeinschaft zu erhöhen, zum Leidwesen vieler mit großem Erfolg.

Wie wäre es, wenn sie etwas von der dort gezeigten Energie zeigen würde? Was hindert sie daran, sehr deutlich für Straßburg einzutreten? Etwa der gleiche Grund, der französiche Abgeordnete in ihrem Einsatz bremsen könnte? Frau Trautmann, die Bürgermeisterin von Straßburg, hat den DNA erklärt: „Ich wünsche, daß das Europaparlament zur Klarheit zurückkehre und daß die Gleichwertigkeit von Brüssel und Straßburg entsprechend den Verträgen vom April 1990 wieder anerkannt werde. Es ist aber notwendig, daß Frankreich jetzt den Verträgen von Edingburgh einen positiven Inhalt anerkenne." Dazu ist zu sagen, daß, wenn die früheren Bürgermeister von Straßburg, mit Charles Frey angefangen, sich energischer für ihre Stadt eingesetzt hätten, Frau Trautmann nicht ihren Kampf zu kämpfen hätte. Aber da waren nationalistische Auffassungen im Wege. eh

Gedenkstätten

Wer in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg - für mich war es 1935 zum ersten Mal der Fall - am Lingenkopf in der Nähe von Münster herumging, wo im Ersten Weltkrieg, vor allem im Sommer 1915, furchtbar blutige Kämpfe zwischen Deutschen und angreifenden Franzosen stattgefunden haben, der konnte dort Schützengräben mit Unterständen und Stacheldraht ausmachen, oft auch Granatsplitter, alles in großem Durcheinander und dem Verfall anheimgegeben. Auf der französischen Seite liegt der Friedhof des Wettstein mit an die 10.000 Gräbern, meist von jungen Alpenjägern, auf der östlichen Seite der „Bärenstall", auf dem auch die deutschen Opfer dieses Wahnsinns liegen, meist Jäger. Dieser Zustand blieb auch ein paar Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg so. Dann aber wurden all diese Anlagen, die Schützengräben mit Maschinengewehrnestern, die Unterstände das ganze Gelände aus Anlaß eines Jubiläums hergerichtet, zugänglich gemacht, von Blindgängern befreit und es wurden beschriftete Schilder aufgestellt. Schließlich wurde ein kleines Museum mit allen möglichen Funden, mit Fotos und Schaubildern, auch mit Uniformen der beiden Heere eingerichtet, das „Memorial du Linge". Einer unserer Freunde, der sich gleich nach 1918 viel um Kriegsgräber gekümmert hatte, sorgte dafür, daß es nicht nur eine Verherrlichung von kriegerischen Leistungen wurde, sondern an jene erinnerte, die als Opfer der Wahnsinnstat kriegslüsterner Diplomaten dort sinnlos verbluteten.

Haß und Lüge der Nachkriegszeit hatten auch dort noch ihr schändliches Werk vollbracht: Auf dem Kreuze eines als deutscher Soldat gefallenen Elsässers konnte man lesen „Mort pour la France", wie es zur Verhöhnung der Toten auf dem Oberehnheimer Gefallenenehrenmal steht. Inzwischen sind in Frankreich viele neue Kriegerdenkmäler errichtet worden, so in Caen, das unter amerikanischen Bomben ganz besonders gelitten hat, ein „Friedens-Memorial", das in vieler Hinsicht grandios angelegt ist, zu dem aber die französische Wochenschrift „Réforme" feststellt, daß man sich „fragen muß, ob es wirklich ein Memorial für den Frieden ist, oder ob es nicht eine gewisse Faszination für die Kriegstechniken zum Ausdruck bingt". Den Mitgliedern des Komittees zur Errichtung hat es gewiß einige Bändele eingebracht.

In Verdun, wo nach dem Ersten Weltkrieg einige Mahnmale zum Gedenken der Gefallenen auf beiden Seiten errichtet worden waren, wurde nach dem Zweiten nochmals ein gewaltiges Denkmal geschaffen. Erst vor kurzem wurde bei Péronne in Nordfrankreich eins errichtet, das die Kriegsereignisse in der dortigen Gegend zeigt. Der „Guide Michelin", der klassische Touristenführer Frankreichs, bezeichnet den Lingenkopf - Le Linge - als touristische Attraktion. Die biederen Verfasser übersehen nur, daß von französischen Bauten fast nichts mehr zu sehen ist, ein beinahe eingeebneter Graben hart unterhalb der beinahe festungsartig ausgebauten deutschen Stellungen, gegen die die armen Alpenjäger, meist junge Burschen der Jahrgänge um 1896, sinnlos angetrieben wurden, um zur Galz oberhalb der elsässischen Ebene vorzustoßen. Befehlshaber war General Pouydraguin, der um 1926 in Straßburg die Chauvinistenliga „contre toute culture germanique" gegründet hat. „Was sollen all diese Mahnmale?" fragt „La Réforme". Es ist gut, daß eine renomierte Zeitschrift diese Frage stellt und auch gleich die Antwort gibt: „Die Erinnerung wachhalten an die Opfer und an die Leiden, ins Gedächtnis rufen die Ursache des Krieges und die Verrücktheit der Völker . . . darf als eine Einführung in die Staatsbürgerkunde angesehen werden. Genügt das aber? Wenn man am Ende dieses Jahrtausends, an dem die Nationalismen der Völker wieder aufleben, und diese Völker sich gegenseitig zerfleischen?"

Es melden sich also auch in Frankreich vernünftige Meinungen, von Leuten, die nicht nur von einer mit Hekatomben erkauften „gloire" träumen, sondern auch die Folgen des Irrsinns sehen. Wie nötig solche Mahnungen sind, wird derjenige bestätigen, der 1993, in dem Jahre des wahnsinnigen Bosnienkrieges, die Scharen von Schulkindern gesehen hat, die unter der Leitung ihrer Lehrer zur Zitadelle von Besançon geschleppt werden, die zum „Centre de la Résistance et de la Déportation" erhoben worden ist. me

Sprache der Republik

Fortsetzung von Seite 1

Zusatzantrages betont hätte. Immerhin versprach er seinen Abgeordnetenkollegen, daß dieser Antrag „Im Rahmen zukünftiger Projekte" geprüft werden würde, und daß er sich persönlich verpflichte, den Schutz der Regionalsprachen zu gewährleisten.

Ein Versprechen, daß wohl vom Winde verweht werden wird, so wie wir seit über einem Jahrhundert diese nicht gehaltenen Versprechen gewöhnt sind, ob sie von der französichen Rechten, von der Linken oder von der Regierung des Sechsecks jeglicher politischer Couleur kommen. Wenn H. Méhaignerie seine Versprechen halten will, wie übrigens seine Kollegen Lamassoure und Bayrou die ihrigen, warum beeilen sich diese Exzellenzen nicht, die Unterschrift Frankreichs unter die vom Europarat vorgeschlagene Konvention zum Schutze der Regional- und Minderheitensprachen zu setzen? Auf seine rhetorisch gedachte Frage, wird H. Fouere genauso gut antworten können wie wir: Weil sie nicht wollen und blind das Jakobinergewäsch von vor 200 Jahren weiterkolportieren. Kenne wir doch das süßliche pseudodemokratische Geplapper sei 1918 zur Genüge. Eigentlich müßten die Herren wissen, daß an Revolutionen die diese vollziehenden Revolutionäre die geringste Schuld haben: Zu revolutionären Ausbrüchen kommt es immer, wenn die Machthaber nicht verstehen, welche Stunde es geschlagen hat, und bei ihnen die Uhr stehengeblieben ist. Die französischen Uhren haben den anderen europäischen Uhren gegenüber eine gewaltige Verspätung. eh

---

ISSN 0179-6100

DER WESTEN, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e.V., Geschäftsstelle: D-70794 Filderstadt (Bernhausen), Wiesenstraße 110, Tel. (0711) 70 16 45. Konten: Postgiro Stuttgart 370 15-708 (BLZ 600 100 70). Deutsche Bank Stuttgart 12/55 066 (BLZ 600 700 70) Geschäftsführerin: Anneliese Schlecht. Redaktion und für den Inhalt verantwortlich: Eduard Haug, Dietrich Pfaehler.

Druck: Leibold GmbH, Karlsruher Str. 46
76287 Rheinstetten-Forchheim

Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsformular bei.

Die elsässische evangelische Kirche und die Zweisprachigkeit

Am 8. November hat Herr Michel Hoeffel, der Präsident der Kirche Augsburgischer Konfession im Elsaß und in Lothringen den ihm unterstellten Pfarrern eine Empfehlung zum Gebrauch der Zweisprachigkeit zugehen lassen. Schicken wir voraus: Beide Kirchen, die katholische wie die evangelische, waren früher die aktivsten und zuverlässigsten Schützer der Muttersprache. Die katholische vielleicht eher, um ihre Gläubigen zu erreichen, die evangelische dazu noch, da Martin Luther seine Botschaft in dieser Sprache verkündet und die Heilige Schrift auf geniale Weise in die deutsche Sprache übertragen hatte. Die Pfarrer predigten in der Sprache ihres Gründers, in der Übersetzung der Bibel, ließen seine Lieder singen und die seiner vielen Nachfolger wie Paul Gerhard. In dieser Sprache hatten auch die großen elsässichen Reformatoren, Bucer, Hedio, Capito gepredigt, die ebenfalls der Reformation großen Auftrieb gegeben hatten.

Nach 1918 hatte sich im Verhalten der Geistlichkeit beider Konfessionen wenig geändert, bei den Lutheranern schon gar nicht, bei den jüngeren katholischen Priestern, die ihr theologisches Studium an einer theologischen Fakultät absolviert hatten, ebenso wenig. Erinnern wir nur an Abbe Sigwalt von Runzenheim, Abbe Zemb, Dr. Gromer, Abbe Haegy. Etwas unterschied die beiden Konfessionen allerdings, der Einfluß des Oberhauptes, der bei den Katholiken natürlich viel stärker war als bei den lockerer gegliederten Protestanten. Dem Straßburger Bistum stand nicht mehr ein heimatverwurzelter Bischof Räss vor, sondern der durch die laizistische Regierung geförderte „évêque soldat", Mgr. Ruch, der Sohn eines nach 1871 Emegrierten, ein glühender französischer Patriot, der die Ahnensprache sehr schlecht beherrschte, so daß seine Priester schmunzelnd oft sehr zweideutig klingende sprachliche Schnitzer ihres Oberhauptes kolportierten. Er kam jedenfalls mit der klaren Aufgabe nach Straßburg, nicht nur die katholische Lehre zu verbreiten, sondern auch den französischen Patriotismus. Beide Missionen nahm er ernst, welche am ernstesten, das möchten wir nicht entscheiden. Als Ministerpräsident Herriot die Laiengesetze einführen wollte, stellte er sich entschieden gegen die Regierung, aber heimattreue Priester waren nicht nach seinem Geschmack.

Auch die Leitung der Kirche Augsburger Konfession kam in betont frankophile Hände, der Kirchenpräsident hatte aber entsprechend der Gliederung der Kirche nicht die Möglichkeit, einen ebenso starken Druck auf die Geistlichkeit auszuüben, wie dies einem katholischen Bischof möglich ist. Der Kirchenpräsident war auch kein Theologe, sondern ein Jurist. Dies für die Zeit vor 1939. Auch nach 1945 war die Leitung der evangelischen Kirche zunächst in Händen von Juristen, doch konnte erreicht werden, daß diese Praxis geändert und Theologen die Kirchenleitung übergeben wurde, was den Einfluß des Staates vermindern kann, denn normalerweise liegt einem Theologen das religiöse Leben eher am Herzen als einem Laien. Es heißt ja, Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Was die katholische Konfession betrifft, sorgte der französiche Staat nach 1945 insofern dafür, daß er von dorther nicht wieder eine Opposition weckte, als er die laizistischen Bemühungen von vor 1939 einstellte, die die katholischen Elsässer und Lothringer in scharfen Gegensatz zu ihm gebracht hätten. Zudem wurde die Besoldung der Geistlichen beider Konfessionen wie auch die der Rabbiner den Gehältern der Beamten angeglichen, während die Geistlichen vor 1939 eher einen Hungerlohn als ein Gehalt empfangen hatten. Mit dieser Änderung wurde die Forderung der absoluten Loyalität verknüpft. Bischof Ruch kam dieser Forderung natürlich nur zu gerne nach. Sein Nachfolger, Mgr. Weber, war im Ersten Weltkrieg französicher Soldat gewesen, bekannte aber, er habe damals seine Gebete meist auf deutsch gesprochen. Verheerend wirkte sich sein Nachfolger Elchinger, ein Soufflenheimer Fabrikantensohn, aus, der Französisch als „die Sprache der Jugend" deklarierte. Den alten Hinterwäldlern überließ er großmütig ihre deutsche Sprache (Wie christlich!). Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurde dann entsprechend der Einstellung nicht die angestammte deutsche Sprache, wie etwa in Südtirol, Kirchensprache, sondern die Sprache der Republik, wie man heute sagen würde. Damit wurde dem jakobinischen Prinzip der „nation-état" gehuldigt, wodurch der gläubige Mensch eher als Staatsbürger statt als ein in eine religiöse Gemeinschaft gestelltes, von Gott geschaffenes Wesen gewürdigt wurde. Was würde wohl der große Münsterprediger Geiler von Kaysersberg, dessen Predigten in vielem die Vorlagen für Sebastian Brants „Narrenschiff" waren, zu so etwas sagen?

Inzwischen scheint Erzbischof Brand von dieser Haltung etwas abgerückt zu sein, er hat seine Geistlichen angewiesen, der angestammten Sprache mehr Raum zu geben. Dies als allgemeiner Überblick, doch nun zum eigentlichen Thema, der mit dem Direktorium abgestimmten Empfehlung vom Kirchenpräsidenten Hoeffel. Zunächst eine teilweise Übersetzung:

„Seit langem sollte eine Empfehlung zum Gebrauch der Zweisprachigkeit in unseren Pfarreien abgefaßt und in alle Pfarreien geschickt werden. Zunächst habe ich damit angefangen, die Angelegenheit mit einer Gruppe, die Pfarrer und Leute aus dem kulturellen Leben der Region umfaßte, zu bedenken. Von vornherein erschien uns das Thema so umfassend, daß wir den Eindruck hatten, es sei besser, wir würden uns darauf beschränken, nur den Gebrauch im Gottesdienst, bei der Katechismuslehre und in den Gemeindeversammlungen zu berücksichtigen. Was den allgemeinen Gebrauch der Sprachen betrifft, geht dies viele andere Teilhaber in der Region an, denn die Kirche oder die Kirchen können nur ein Teilhaber unter anderen sein. Und man kann darüber streiten, in welchem Maße sie die kulturelle Funktion ausüben können oder sollen" (Anmerkung der Redaktion: Unter anderen Geboten müssen - nicht nur sollen - sie auf die Achtung des vierten Gebots, Du sollst Vater und Mutter ehren, dringen. Was von den Eltern, den Voreltern kommt, ist „Vater und Mutter", also auch die von diesen geprägte Sprache. Diese mißachten, bedeutet, einen Teil von „Vater und Mutter" mißachten. Oder sind wir da verkehrt unterrichtet, Herr Präsident und ehrenwerte Mitglieder des Direktoriums?)

„Wie dem auch sei, der Rat der kirchlichen Inspektoren hat die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft angenommen und schließlich hat das Direktorium nach einer letzten Überlegung mich gebeten, Ihnen folgende Empfehlungen zukommen zu lassen:" (Empfehlung darüber mit den Kirchenräten zu sprechen usw.). „Die Diskussion ist nicht abgeschlossen. Auf jeden Fall betone ich die Überzeugung, es sei besser, Empfehlungen zu geben, statt sich in Schweigen zu hüllen. Es ist wichtig, daß wir die Dinge nicht aus Gleichgültigkeit sich weiterentwickeln lassen, wohl aber der sprachlichen Lage Aufmerksamkeit widmen und nicht vor der Möglichkeit oder der Notwendigkeit zurückzuschrecken, die Frage zu erörtern.

1. Feststellung

Wir leben in einer Grenzregion, die infolge ihrer besonderen Geschichte in der Mehrzahl von Menschen bewohnt wird, die durch ihre Zugehörigkeit zur lateinischen oder germanischen Kultur geprägt sind. Die einen sind vollkommen zweisprachig, anderen, besonders in der jüngeren Generation, ist das Französische vertrauter als das Deutsche oder das Elsässische. Zu all diesen Personen elsässischen Ursprungs gesellen sich nun solche hinzu, die aus anderen Regionen Frankreichs stammen, und jene, die immer zahlreicher werden, die aus Deutschland oder von anderswoher kommen. Somit sind wir in Berührung mit einem sich öffnenden Europa, und es liegt in unseren Interessen, uns diesem zu öffnen.

Statt die doppelte kulturelle Prägung als einen Makel anzusehen, sollten wir als Franzosen die Gelegenheit benützen, die uns die Möglichkeit bietet, Geschmack an der deutschen Kultur zu vermitteln." (Nicht alle Gegenden des Elsasses und Deutsch-Lothringens seien gleich, außerdem ist oft die elsässische Mundart eher verbreitet als das Hochdeutsche.)

2. Ziele

Uns bewegt sowohl die Aufgabe, das Evangelium zu vermitteln, als auch gemeinschaftsbildende Aufgabe, wie nicht weniger die Notwendigkeit, der Kirche ihre universalistische Eigenschaft zu geben. Und so versuchen wir, Männer und Frauen unserer kirchlichen wie zivilen Gemeinden dort zu erreichen, wo sie sich befinden. Indem wir einen jeden in seiner Besonderheit achten, ist es uns aufgegeben, ihm zu helfen, sich der Eigenart des andern zu öffnen. So entsteht eine Bereicherung inmitten einer Gemeinschaft; so, um es mit einem Werkchen von André Weckmann zu sagen, entsteht eine Kultur der Konvivialität („Die Kultur des Zusammenlebens"). Mögen die ausschließlich französischsprachigen Personen versuchen, die zu verstehen und anzunehmen, die mit der deutschen Sprache vertrauter sind, und umgekehrt.

Als Träger eines kulturellen und sprachlichen Vätererbes gehört es sich, daß wir dieses nicht verrotten und schrumpfen, es vielmehr sich entwicklen und bereichern lassen. Statt nur zu bewahren, was keineswegs zu verachten wäre, schickt es sich, daß wir Beziehungen zwischen verschiedensprachigen Personen fördern und uns des anderen annehmen, indem wir seine Eigenart anerkennen. Jedenfalls müssen wir stärker die Wirklichkeit anerkennen, als in Prinzipien befangen zu bleiben.

3. Empfehlungen

Der Gesamtheit der Gemeindeangehörigen empfehlen wir, die Sorge um die Zweisprachigkeit nicht allein den Pfarrern zu überlassen, die übrigens die Fähigkeit besitzen sollten, Fortschritte bei der Erwerbung der deutschen Sprache zu machen. Wir ermutigen

Fortsetzung auf Seite 4

Evangelische Kirche und Zweisprachigkeit

Fortsetzung von Seite 3

die Pfarrer vor der von ihnen verlangten Mühe nicht zurückzuschrecken.
Der Gebrauch der Zweisprachigkeit kann deutlicher und natürlicher werden, wenn im Rahmen der verschiedenen Verschwisterungen Beziehungen zu deutschen Gemeinden gesucht und entwickelt werden.

3.1 Einsprachige und zweisprachige Gottesdienste.
Möglichst die Gegebenheit berücksichtigen, ohne daß dadurch das Ergebnis einen künstlichen Charakter annehmen möge. Das ganze Jahr hindurch auf die Minderheiten achten, besonders während der Urlaubszeiten. Sollte der Umfang der Gemeinde es nicht ermöglichen, einsprachige Gottesdienste auf deutsch wie auf französisch durchzuführen, sollte im Gottesdienst folgendes berücksichtigt werden:

Liturgie:
Die Schwerfälligkeit der Zweisprachigkeit infolge einer Wort für Wort durchgeführten Übersetzung ist zu vermeiden. Gleich bei den Begrüßungsworten ist auf die Anwesenden zu achten und, wenn möglich sind diejenigen aufzuspüren, die in einer andern Sprache sich auszudrücken pflegen als derjenigen, die für den Gottesdienst vorgesehen ist. Dies empfiehlt sich besonders in Fremdenverkehrsgemeinden. Keinen zu häufigen Wechsel bewirken, indem dafür gesorgt wird, daß es Blöcke einer Sprache gibt, denen unter Umständen einige Augenblicke des Schweigens folgen, und dann einen andern Block folgen lassen. Auch beim Segen die Anwesenheit einsprachiger Menschen beachten.

Gesang:
Nach Möglichkeit ist zu vermeiden, daß ein Lied gleichzeitig in zwei Sprachen gesungen wird. Verschiedene Strophen in verschiedenen Sprachen singen zu lassen, erscheint uns eine glücklichere Lösung, um die Sprache des andern zu berücksichtigen. Es sollten neue deutsche Lieder eingeführt werden. Das doppelte Erbe, das uns anvertraut ist, sollte berücksichtigt werden.

Predigt:
Wenn in einem Gottesdienst eine Sprache überwiegt, ist ein kleiner Beitrag in der andern vorzusehen, sei es nach der Schriftlesung, sei es nach der Predigt. Es sollte nicht gezögert werden, sich in der Mundart auszudrücken, wenn dabei die Möglichkeit der Aufnahme durch die Anwesenden berücksichtigt wird.

Mitteilungen:
Je nachdem sollte der Pfarrer nicht zögern, diese in der Mundart zu machen, wenn diese das gewöhnliche Verständigungsmittel ist.

Unterricht:
Um die Teilnahme an dem Gemeindeleben zu fördern, sollte ein Minimum deutscher Texte wie das Vaterunser oder das Credo oder auch dieses oder jenes Lied auswenig gelernt werden . . . . Dies wird anregender, wenn Beziehungen zu deutschen Jugendlichen hergestellt sind.

Versammlungen:
Dabei ist auf die Möglichkeit der freien Äußerungen der Mundartsprechenden zu achten."

Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß die Gemeindeglieder sich in der Achtung des Nächsten üben sollten, daß Beziehungen zu Gemeinden jenseits der Vogesen und jenseits des Rheines aufgenommen werden sollten. Die Gemeinden mögen jungen Pfarrern, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben, Verständnis entgegenbringen.
Die Pfarrer sollen zweisprachig sein, sooft die Umstände dies erfordern. Soweit die Denkschrift des Direktoriums. Nun unsere Stellungnahme:

Es ist gut, daß nach Erzbischof Brand auch der Kirchenpräsident sich zur „Zweisprachigkeit" in der Kirche geäußert und zu einer Stellungnahme durchgerungen hat. Sie berührt Einzelheiten, so daß den Pfarrern in den Gemeinden ziemlich genaue Anweisungen gegeben werden. Halten sich die Einzelnen daran, so können sie nicht willkürlich je nach Geschmack dies oder jenes übergehen. Doch wie weit ist die Stellungnahme von der Art des Patrons der lutherischen Kirchen, Martin Luthers, entfernt! Wie unsicher ist die Sprache der Empfehlungen, wenn man sie mit Luthers klaren Aussagen vergleicht! Er schritt sozusagen in kräftigen Bauernschuhen daher, hier hat man oft den Eindruck, als gehe diese Sprache in Filzpantoffeln und wie zwischen zerbrechlichem Geschirr. Vielleicht geht das gegenwärtig nicht anders, vielleicht müssen viele Empfindlichkeiten geschont werden.
Man fragt sich auch, ob all die höheren Kirchenherren sich einig waren, wieweit jedem das Thema am Herzen lag, wieweit sich schon der eine oder der andere unter dem staatlichen oder gesellschaftlichen Druck von der Muttersprache entfernt hat, und sich willig gebeugt hat, statt dem Staat auf seine imperialistischen Assimilierungsbemühungen zu antworten: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders", so wie zwischen 1940 und 1945 Kirchenpräsident Maurer dem Gauleiter gegenübertrat.
Wir übersehen natürlich nicht die Schwierigkeiten, die geänderte Gesamtlage, die Notwendigkeit für jede Kirche, zuerst einmal ihre Botschaft zu verkünden, wie dies auch geschehe. Wir wissen, wie seit 1918, erst recht seit 1945, die deutsche Muttersprache der Elsässer und Deutsch-Lothringer angegriffen, ausgehöhlt worden ist und jetzt in einer Lage ist, deren die Kirchenoberen Rechnung tragen müssen. So sollen die obigen Bemerkungen auch keine Angriffe gegen die Verfasser der Empfehlungen sein, die immerhin einen Fortschritt gegen das laissez faire, laissez aller, das bisher geherrscht hat, darstellen. Wir wissen, wie oft sie auf schwankendem Boden wandeln müssen. Aber es bereitet einem Sorge, wenn man sieht, daß ausgerechnet die Konfession, deren Vertreter gar oft als „lutherische Dickköpfe" gerühmt / geschmäht wurden, nun sich winden muß, um eigentlich Selbstverständliches zu sagen. eh

Ein Elsässer Befehlshaber der deutsch-französichen Brigade

Vor einiger Zeit wurde die deutsch-französische Brigade auf der place de la République, die vor 1918 Kaiserplatz hieß, und vor dem ehemaligen Kaiserpalast vorgestellt und offiziell in Dienst genommen. Sie wird von dem Geudertheimer Friedrich befehligt. Wir nehmen an, daß General Friedrich noch seine Geudertheimer Ahnensprache kann, dann dürfte es ihm nicht schwer fallen, seine deutschen Soldaten - 2300 an der Zahl, neben 2600 Franzosen - zu kommandieren. Vielleicht erleichtert es das manchen Rückständigen zu verstehen, daß eine Beherrschung beider Sprachen ein Vorteil ist. eh

Zweisprachige Straßenschilder

Auch Schlettstadt hat sich nach der bewußt gesteuerten Entfernung aller deutschsprachigen Straßenschilder entschlossen, die oft Jahrhunderte alten gewachsenen Namen wieder in Schildern festzuhalten. 53 Straßen der Altstadt haben nun wieder neben dem französischen Namen den überlieferten. Ob es angebracht ist, den in der Mundart wiederzugeben, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Eine Inschrift ist halt auch eine Schrift, und da gehört die Schriftsprache hin, selbst wenn Chauvinisten das Bauchgrimmen bekommen sollten. eh

Elsässisches Volksleben

Alexander Weill: Sittengemälde aus dem elsässischen Volksleben. 386 Seiten, gebunden, mit Lesebändchen, Nachwort.

Eine sehr schöne Ausgabe (1991).
statt **DM 36,-** nur **DM 18,-**

Bezug über die Geschäftsstelle.

Freiheit und Gleichheit?

Wie passen die zusammen? Wir geben weiter unten die Antwort Solschenyzins. 1989 wurde in grandiosem Rahmen die zweihundertste Wiederkehr des Beginns der Französischen Revolution gefeiert, die bekanntlich für Frankreich den Wahlspruch prägte „Liberté, égalité, fraternité". Zu diesem Feiern gab es nicht nur Lobeshymnen, es regten sich auch kritische Stimmen, so z. B. im Blick auf das blutrünstige und brutale Vorgehen gegen die kirchlich und königstreu gesinnten Bauern der Vendée, gegen die „Chouans", die zu Zehntausenden umgebracht wurden. 1993 gedachte man dieser Opfer, deren Schicksal kein Ruhmesblatt der französischen Geschichte darstellt. Auch ihren wurde ein Erinnerungsmal gesetzt. Bemerkenswert ist, daß der russische Nobelpreisträger und radikale Gegner des Sowjetregimes, Alexander Solschenyzin, der jahrelang im Exil lebte, zur Einweihung sprach. Es sei hier ein bedenkenswertes Wort von ihm bei dieser Feier hervorgehoben: Die Französische Revolution habe unter einer widersprüchlichen und nicht zu verwirklichenden Losung gestanden, denn im sozialen Bereich schließen sich Freiheit und Gleichheit gewissermaßen gegenseitig aus. Und die Brüderlichkeit gehöre in den geistlichen Bereich des Lebens.
Vom Elsaß aus gesehen: Gleichberechtigung wurde der angestammten Sprache nicht gewährt, sie sollte der Gleichförmigkeit geopfert werden. Und was die Brüderlichkeit betrifft, ist bekannt, daß etwa 6.000 Landsleuten das gleiche Schicksal zugedacht war, wie es Einwohnern von Toulon beschert wurde: Sie auf Rheinkähne zu verladen und die unbequemen citoyens durch Bohren von Löchern in den Schiffsboden zu ersäufen. me / he

Lichtenberg

Soeben erschien als Bd. 12 der Schriften der Erwin-von Steinbach-Stiftung: **Peter Karl Weber; Lichtenberg. Eine elsässische Herrschaft auf dem Wege zum Territorialstaat. Soziale Kosten politischer Innovation.**
Ladenpreis DM 42,-. Zu beziehen über unsere Geschäftsstelle.

Vor 80 Jahren

Vor 80 Jahren hatte eine üble Affäre unsere Heimat erschüttert, die Zaberner. Wir hätten gerne in der letzten Nummer daran erinnert, doch ging das nicht. Zudem warf sie ihre Schatten, sehr dunkle Schatten, auch noch auf den Anfang des Jahres 1914. Es gibt auch Kreise, die immer noch genüßlich an diesem Skandal saugen. So wollen wir versuchen, in aller Kürze den Ablauf sachlich aufzuzeigen und Schuld da zu sehen, wo sie war.

Wie aufgewühlt die Menschen in der Heimat waren, sehe ich heute noch, wenn ich daran denke, wie mein Vater, ein guter Deutscher, im tiefsten empört war, gerade als guter Deutscher. Ich war ein kleiner Junge, kann mich aber gut daran erinnern, wie er im Zorne loderte. Er sah die Dummheit der Reaktion des Militärs, und wie der französischen Hetzpresse Stoff geliefert wurde.

Was war geschehen? Der zwanzigjährige Leutnant von Forstner vom in Zabern garnisonierten Infanterieregiment Nr. 99 hatte am 28. Oktober 1913 einem wegen Schlägerei vorbestraften Rekruten Elbnik gesagt: „Nehmen Sie sich vor Schlägereien in acht, zu denen Sie zu neigen scheinen. Hemmen Sie Ihren Tatendrang. Wenn Sie aber von ein paar solchen Wackes angegriffen werden, so wehren Sie sich ihrer Haut und gebrauchen Sie Ihr Seitengewehr ordentlich. Und wenn Sie dabei so einen Wackes über den Haufen stechen, so schadet es nichts. Wenn Sie sich richtig benehmen, bekommen Sie von mir noch zehn Mark." Dümmer hätte der junge Mann nicht reden können, um zu zeigen, daß er vom Elsaß überhaupt keine Ahnung hatte und daß er dringendst in einen Nachhilfekurs über Elsaßkunde gehörte. Von seinen Vorgesetzten wurde der naßforsche junge Krieger ermahnt, seine Worte besser zu überlegen und sich nicht wieder solche Unbedachtheiten zu leisten. Damit hätte die Sache erledigt sein können, aber die in diesem Regiment ziemlich zahlreich dienenden elsässischen Rekruten waren nicht eben entzückt über die Meinung, die Herr von Forstner von ihnen hatte, und erzählten von seinen Entgleisungen. Journalisten hörten davon, der in Straßburg erscheinende, dem Zentrum nahestehende „Elsässer" und der von einem Sachsen redigierte „Zaberner Anzeiger", und schlugen Alarm.

General von Deimling, der das im Elsaß stationierte XVI. Armeekorp befehligte, schreibt in seinem Buch „Aus der alten in die neue Zeit" dazu: Ich erfuhr den Vorgang am 7. (Nov.) früh und veranlaßte die gerichtliche Vernehmung aller Zeugen, . . . Darauf ließ das Generalkommando der Presse eine offizielle Berichtigung zugehen, die mit dem Hinweis schloß, daß der Leutnant mit dem Ausdruck 'so ein Wackes' nicht die elsässische Bevölkerung im allgemeinen, sondern nur streitsüchtige Personen und Raufbolde gemeint habe." Ganz schön gedacht, Herr General, aber den letzten Satz nahm ihm kaum jemand ab, er klingt ein wenig wie eine Entschuldigung von Forstners, obwohl von Deimling sicher keine Freude am Gebahren seines jungen Leutnants hatte, denn er selber war ja kein Junker aus dem hintersten Pommernland, sondern der Sohn eines oberbadischen Richters, der sehr wohl die alemannische Mundart beherrschte und in seinen Erinnerungen sehr verständliche Worte für die Haltung der Elsässer findet, so wenn er in seinem Erinnerungsbuch S. 131 berichtet, wie ihm ein alter Bauer auf seine Aufforderung, ganz offen zu sein, gesagt hatte: »Mit sin keine Welsche (Franzosen) und sin keine Schwowe (Deutsche), sondern mir sin Elsässer. Uns kommt's druf a, daß der Wi und der Hopfe und d' Grumbiere (Kartoffel) de richtige Preis hen. Un wenn Sie ebbes drfür tun könne, daß uns d'Schandarme nit immer ufschriwe wege jedem Dreck, derno sin mer z'fride. Elsässer sin mer, un unser Ruh wolle mer hawe." So, jetzt wußt ich's«. Er schreibt auch, wie der widerwärtige Geschichtsablauf die Gemüter der Elsässer drückte.

Auch der Kommandeur des Regiments scheint sich zu Anfang vernünftig verhalten zu haben, er hat persönlich v. Forstner aus einem Lokal geholt, vor dem Bürger und angetrunkene junge Burschen sich aufgestellt hatten, hat die Leute angesprochen, und diese verzogen sich friedlich. Aber bald scheint ihm der preußische Offizierskragen geplatzt zu sein, als Leutnant v. Forstner, dem übrigens nachgesagt wurde, daß ihm nach einem Gelage einiges ins Bett gegangen sei, bei einem dienstlichen Gang durch die Stadt eine aufmüpfige bürgerliche Eskorte bekam, die ihn mit entsprechenden Kommentaren zur Schloßkaserne begleitete. Der Oberst ließ den Soldaten den Ausgang sperren und ließ je einer Kompagnie eines jeden Regiments scharfe Munition austeilen.

Spätestens in diesem Augenblick hätte v. Forstner aus der Stadt entfernt werden müssen, sei es durch Abkommandierung, durch Versetzung oder einfach durch Beurlaubung. Doch sträubte sich das militärische Ehrbewußtsein, man schloß die Augen, und die Zeitungen tappten die Angelegenheit weiter genüßlich aus. Nicht mehr nur der „Zaberner Anzeiger" und der „Elsässer": Jenseits der Vogesen lauerte eine immer noch auf „revanche", sprich: auf Krieg setzende Presse auf jede für Deutschland ungute Nachricht, jetzt hatte sie ein ausgezeichnetes Thema, um zu zeigen, wie der preußische Stiefel wieder einmal auf den armen weggerissenen Brüdern und Schwestern herumtrampelte. Es erhob sich ein Jammern und ein empörtes Gezeter: Der ganzen Welt gegenüber konnte man wieder einmal vordemonstrieren, was die Deutschen doch für Unmenschen seien. Daß solche Angriffe stolze Offiziere reizten und ihnen ein Einlenken erschwerten, versteht sich. So steigerte einer die Reaktionen des andern, der eine durch Ungeschicklichkeit, der andere bewußt. Bei einem erneuten Auflauf am 28. November ließ der Oberst aus eigener Machtvollkommenheit 27 Bürger festnehmen und zum Verhör für eine Nacht in einen Keller der Kaserne sperren. Dies ganz gegen die Auffassung des Kreisdirektors Mahl, eines Elsässers, was den Gegensatz zwischen dem Obersten und dem Chef der Zivilbehörde steigerte und eine Zusammenarbeit erschwerte. Auf Anordnung des Kaisers wurde Generalmajor Kühne zur Untersuchung und Berichterstattung nach Zabern geschickt. Dieser berichtete recht sachlich und wies darauf hin, daß die Zivilbehörde die Versetzung von Oberst von Reuter wie von den Leutnanten v. Forstner und Schad verlangte. Der zweite hatte bei der Festnahme am 28. November kräftig mitgewirkt. Kühne ließ offen, ob der Oberst versetzt werden sollte, die Versetzung v. Forstners sah er aber als unerläßlich an: „Ganz abgesehen von dem eigentlichen Anlaß der Mißstimmung ist seine Person durch Veröffentlichung von Forderungsschreiben französicher Offiziere in hiesigen Blättern, der Erzählung von Manövererlebnissen und dergleichen mit einem gewissen Makel der Lächerlichkeit behaftet, so daß er immer wieder die Zielscheibe für Verspottung sein wird und sein Verbleiben im Regiment dem Offizierskorps abträglich sein muß . . . sein baldiges Verschwinden von hier erscheint mir deshalb an sich erwünscht."

Wäre v. Forstner gleich nach seinen ersten Sprüngen entfernt worden, hätte dies nicht nur dem Ansehen des Regiments und der ganzen Armee nicht geschadet, es hätte im Gegenteil diesem gedient. Kühne stellte auch eine Überreiztheit des ins Gerede gekommenen Offiziers fest, die „jederzeit zu bösen Verwicklungen führen" könnte. Ein paar Tage nach Kühnes Bericht, am 2. Dezember, kam es bereits zu einer solchen, als er von einem Dettweiler Fabrikschuster beschimpft wurde. Als dieser festgenommen werden sollte, schlug er einem Gefreiten ins Gesicht und stürzte sich auf den Leutnant. Dieser zog seinen Degen und brachte dem Angreifer eine 10 Zentimeter lange Wunde am Kopf bei. Der Festgenommene wurde dem Bürgermeister übergeben. Von da ab blieb es ruhig, doch Blut war geflossen, wenn auch wenig und von einem üblen Grobian. V. Deimling urteilt über die Wirkung des ganzen Geschehens: „War nun das Drama in Zabern selbst zu Ende, so spielte es doch auf der Bühne der große Politik weiter. Dafür sorgten schon die Journalisten, die aus aller Herren Länder, vor allem aus Frankreich in Zabern zusammengeströmt waren und alles phantasievoll ausschmückten, was dem deutschen Ansehen abträglich war." Er selber habe persönlich an die hundert Schmäh- und Drohbriefe aus Frankreich erhalten. Das zerschlagene Porzellan hätten nur darauf folgende ruhige Jahre allmählich wieder kitten können, doch, ein Jahr nach dieser Affäre standen die 99er an der Westfront, und viele der Beteiligten waren schon gefallen. Wenn nun auch in Zabern Ruhe eingekehrt war, so erregten auf anderer Ebene die Vorkommnisse weiterhin die Gemüter. Zuerst durch eine zweitägige Debatte im Reichstag am 3. und 4. Dezember, durch die mit einem Mißtrauensvotum von 293 gegen 54 Stimmen die Regierung Bethmann-Hollweg gerügt wurde. Dieses Urteil der Reichstagsabgeordneten kann man auch als ein Vertrauensvotum mit nahezu sechs Siebtel der Verteter des Reiches für die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ansehen.

Der Kaiser, der gut daran getan hätte, früher einzugreifen, gab General von Deimling den Befehl, das Regiment für einige Zeit auf einen Truppenübungsplatz zu schicken. Es marschierte nach dem südlich von Hagenau gelegenen Oberhofen. Als es im April unter der Führung eines andern Obersten wieder in Zabern einzog, hatte nach General von Deimling die Stadt reich beflaggt und habe der Truppe einen freundlichen Empfang bereitet. Den Geschäftsleuten jeder Art war dessen Abwesenheit sicher unangenehm aufgefallen.

Während es abwesend war, wurde gegen die beschuldigten Offiziere vor dem Kriegsgericht verhandelt. Dieses stellte fest, Oberst von Reuter habe tatsächlich seine Befugnisse überschritten und sich Rechte der Zivilbehörde angemaßt. Doch wurde anerkannt, die Polizei habe versagt, und deshalb habe er geglaubt, er dürfe eingreifen, ohne die staatsrechtliche Gültigkeit seines Handelns zu prüfen. Von Forstner wurde zunächst zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt, doch im Be-

Fortsetzung auf Seite 6

Hinüber und Herüber

Basisdemokratische Schweiz

Wo gibt es das noch im übrigen der „westlichen Wertegemeinschaft" zugerechneten Europa: Bürger entscheiden, zu welchem Territorium sie wollen. So geschehen, nachdem die Lostrennung des heutigen Kantons Jura vom ehemaligen Kanton Bern durchgesetzt worden war, und im Birstal ein kleiner deutschsprachiger Teil sozusagen in der Luft hängen geblieben war. Das Gebiet mit Laufen als Hauptort durfte sich entscheiden, ob es sich gleichfalls vom Kanton Bern lösen und dem Halbkanton Basel-Land oder dem Kanton Solothurn anschließen möchte. Da wird nicht täglich ungezählte Mal das Wort „Demokratie" in den Mund genommen, Demokratie wird praktiziert, der Volkswille wird geachtet. me / eh

Von der Bretagne aus gesehen

Zu unserem Artikel über die Sprachen Frankreichs erreicht uns eine Übersetzung aus der meist englisch erscheinenden keltischen Zeitschrift „Carn" aus der Winternummer 1993/1994: „Im Januar hatte der damalige Erziehungsminister zugesichert, daß beim „brevet" (Inter Cert) gewisse Fächer „wie Geschichte und Erdkunde in einer Sprache Frankreichs, z. B. Bretonisch" geprüft werden könnten, was der Rektor der Akademie Rennes im Februar bestätigte. Von dieser Möglichkeit wollten 11 Schüler des collège Ch. Goffic in Lannuon Gebrauch machen. Sie waren vier Jahre lang in Geschichte und Erdkunde auf bretonisch unterrichtet worden. Am 14. Juni widerrief der neue Minister diese bindende Zusage seines Vorgängers. Für ihn ist Französisch die einzige Sprache Frankreichs. Was werden angesichts dieses anmaßenden Machtmißbrauchs, dem junge Menschen preisgegeben sind, die 80 Parlamentsmitglieder tun, darunter zahlreiche aus den Regierungsparteien, die vor der Wahl erklärt hatten, es sei ihr Wunsch, daß Frankreich die Europäische Charta zur Förderung und zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen ratifiziere? Dies ist ein weiteres Beispiel für willkürliche Entscheidungen, die das Ziel haben, Schüler vom Erlernen der bretonischen Sprache abzuhalten. Es gibt kein Anzeichen dafür, daß die französiche Regierung die Absicht hat, die Konvention zu ratifizieren. Jene Regionalisten, die glauben, daß ihr Gerede von den „Sprachen Frankreichs" in Paris ein Stück Eis bricht, machen sich selbst etwas vor. Nur Französisch ist gut für Euch!"

Wollen Sie sich auf der linken Rheinseite niederlassen?

Dann bedenken Sie, daß es manche Dinge gibt, die es gar nicht gibt: Nach den Grundsätzen der EU darf ein jeder Bürger eines zu dieser Union gehörigen Landes seinen Wohnsitz ohne viele Formalitäten in einem anderen entsprechenden Lande aufschlagen. Aber Vorsicht: Nicht immer! So wollte ein junges Ehepaar mit zwei Kindern vom rechten Rheinufer nach Biesheim auf dem linken hinüberwecheln. Da wurde von ihm dringend ein Gesundheitstest verlangt. Nach EU-Recht ist so ein Verlangen unzulässig. Doch das ist noch nicht in alle Ecken der Verwaltungen vorgedrungen, weder in die der Präfekturen noch in die der Gemeindeverwaltungen. So behauptete eine Beamtin der Gemeinde Fessenheim (Oberelsaß), der Gesundheitstest sei unbedingt erforderlich, schaute aber in ihren Unterlagen nach und mußte erstaunt feststellen: „Nein, er ist doch nicht erforderlich." Na ja, gut Ding will Weile haben. eh

In Rußland vermißte Elsässer und Lothringer

Elsässische Eltern, Frauen und Kinder haben jahrelang um ihre nicht heimgekehrten Angehörigen gebangt, nicht anders als Angehörige aus allen Ländern, aus denen Männer gegen die Sowjetunion eingesetzt waren. Nun kennt man wenigstens die Namen derjenigen, die in russische Gefangenenlager geraten waren. Dank der Mitarbeit eines Universitätsprofessors aus Graz wurden 33.935 Namen von französischen Staatsangehörigen, meistens Elsässer und Lothringer, die in russische Lager geraten waren, bekannt. Es wird allerdings angenommen, daß ebensoviele Gefangene vor ihrer Ankunft in den Lagern verstarben. Ein Teil der in der Liste vermerkten ist zum Glück heimgekehrt. Doch was war das für ein Regime, das es Angehörigen zumuten konnte, jahrzehntelang auf die Gewißheit über das Schicksal ihrer Lieben zu warten? eh

Geschichtsvereine

Im Elsaß gibt es nicht weniger als 87 Vereine, die auf irgendeine Art versuchen, die heimatliche Geschichte zu erhellen, sie sind in einem Verband der „Féderation des sociétés d' histoire et d' archéologie d' Alsace" vereinigt. Natürlich haben sie die verschiedenartigsten Forschungsgebiete, doch allen gemeinsam sind drei Unternehmen: Die Herausgabe der „Revue d' Alsace", der ältesten französichen Zeitschrift für Regionalgeschichte, die 1834 gegründet wurde, die Herausgabe des „Nouveau Dictionnaire de Biographie Alsacienne", dem wir große Sachlichkeit nachrühmen können und die Inventarisierung kleinerer geschichtlicher Denkmäler wie Grenzsteine, Wegkreuze, „Napoleonsbänckchen" genannte steinerne Ruhebänke, auf denen die Frauen ihre Kopflast absetzten konnten, ohne sich zu bücken, Hausinschriften und vieles andere. eh

Vor 80 Jahren

Fortsetzung von Seite 5

rufungsverfahren wurde im zugebilligt, in „Putativnotwehr" gehandelt zu haben, als er dem Schuster seinen Degen über den Kopf hieb, und er wurde freigesprochen. Drei Musketierre, die eine Äußerung Forstners „in mißverstandener Form" dem „Elsässer" zugestell hatten, bekamen mehrere Monate Mittelarrest. Selbstverständlich verstieß ihr Handeln gegen die militärische Ordnung, doch ihre Verurteilung neben dem dreifachen Freisspruch - auch Leutnant Schad, der die Wache befehligt hatte, als die 27 Bürger verhaftet worden waren, wurde freigesprochen - konnte die Bevölkerung nicht befriedigen.

Zu spät kam die Versetzung von Forstners nach Bromberg und des Obersten nach Frankfurt an der Oder. Beide hatten sie die Interesse des Reiches in Elsaß-Lothringen geschädigt. Dieses Urteil der Geschichte kann nicht aufgehoben werden.

Auch auf zivilem Sektor hatte Affäre Folgen: Kreisdirektor Mahl mußte seine Stelle mit dem Kreisdirektor von Thann tauschen. Der elsaß-lothringische Landtag stellte unter dem Eindruck des Freispruchs von Oberst von Reuter fest, „daß die Zivilverwaltung in Zabern durchaus ihre Pflicht getan und für das Eingreifen des Militärs jeder tatsächliche Anlaß und jede rechtliche Grundlage gefehlt habe." Die elsaß-lothringische Regierung „hätte eine größere Energie zur Erlangung der Genugtuung für dem elsaß-lothringischen Volk zugefügte Beleidigungen" entfalten müssen. Die Regierung zog daraus die Konsequenzen, Staatssekretär Hugo Zorn von Bulach aus uralter elsässischer Familie, teilte am 28. Januar der Budgetkommission mit, daß die Regierung um ihre Enlassung gebeten habe. Statthalter von Wedel, der verständnisvollste und geschickteste Statthalter der vor dem Kriege den Kaiser im Reichslande vertreten hatte, wurde am 18. April durch von Dallwitz ersetzt.

Es rumort immer noch um den verhängnisvollen faux pas eines zwanzigjährigen Leutnants und die forsche Haltung seines Obersten. Und wenn irgendeiner glaubt, er müsse seine Rechtgläubigkeit darlegen, indem er den längst verstorbenen preußischen Militarismus anprangert, greift auf die peinliche Affäre zurück. Daß damals ein verkehrtes Korpsgefühl, ein unpassender Standesdünkel bis hinauf zum Kaiser nicht nur in Elsaß-Lothringen unermeßlichen Schaden zugefügt hatte, daran ist nicht zu rütteln, und alle sind sich darin einig, daß ein sofortiges vernünftiges Handeln es vermieden hätte, daß der Ortsnahme Zabern als Schadfleck des ganzen deutschen Militärs und darüber hinaus ganz Deutschlands um die ganze Welt ging.

Vergessen wird allerdings die andere Seite, die verantwortungslose Hetze in inländischen Blättern aus innenpolitischen Gründen, in ausländischen eine ebensolche aus antideutscher Einstellung, die einen Ausbruch unmäßiger Haßausbrüche vor allem in den französischen Zeitungen bewirkte und das Militär selbstverständlich reizte und zur Versteifung brachte.

Ob der sächsische Redakteur der Zaberner Tageszeitung ahnte, was er durch seine aufpeitschenden Hetzartikel anrichtete? Was ist wohl aus ihm geworden? Leutnant von Forstner fiel bald nach Kriegsausbruch, seine dummen Beschimpfungen der Elsässer war unqualifizierbar.

Aber war es vornehmer, wenn zwischen den beiden Weltkriegen ein französischer Schulinspektor mit vollen Bewußtsein die Leute des Krummen Elsasses als aus dem Lande der Wildschweine stammend beschimpfte, weil sie deutsch redeten? eh